



**Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen**



**Freie
Hansestadt
Bremen**

Gesamtpersonalrat Faulenstraße 14-18 28195 Bremen
Der Senator für Finanzen
Referat 30
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Auskunft erteilt
Lars Hartwig
Zimmer 3.07
Tel. (0421) 361 92629
Fax (0421) 496 2215
E-Mail
gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de
Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
5-12/05 LH/sch

Bremen, 10. Mai 2023



Fair handeln für Kinder in armen Ländern
mit der Rest-Cent-Aktion. Infos unter
www.gpr.bremen.de/restcent

Stellungnahme des Gesamtpersonalrats zum Entwurf einer Änderungsrichtlinie zur Bremischen Fahrradvorschussrichtlinie

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Gesamtpersonalrat bedankt sich für die Gelegenheit, zum Entwurf einer Änderungsrichtlinie zur Bremischen Fahrradvorschussrichtlinie Stellung zu nehmen. Die vorgesehenen Änderungen entsprechen im Wesentlichen den im Evaluationsbericht getroffenen Handlungsempfehlungen. Wir verweisen insoweit auf unsere Stellungnahme vom 24. Februar 2023 zu diesem Bericht und beschränken uns in dieser Stellungnahme auf zwei wesentliche Punkte:

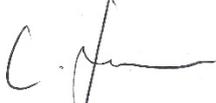
- Der Gesamtpersonalrat hält weitergehende Verbesserungen der Bremischen Fahrradvorschussrichtlinie für erforderlich, um daraus ein wirksames Instrument zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität zu machen. Insbesondere wäre ein Zuschuss in Form des teilweisen Verzichts auf die Rückzahlung der Vorschüsse sinnvoll. Wir fordern den Senator für Finanzen auf, sich in der TdL für eine Änderung des Beschlusses vom 4. Februar 2022 einzusetzen. Bei der gleichen Gelegenheit könnte auch eine positive Haltung zu Zuschüssen zum Deutschlandticket als Jobticket beschlossen werden.
- Der Gesamtpersonalrat bleibt bei seiner Auffassung, dass eine Finanzierung aus zentralen Personalmitteln erforderlich ist, um faire Bedingungen für alle Kolleg:innen zu schaffen. Wir begrüßen ausdrücklich die Klarstellung, dass für die Gewährung von Fahrradvorschüssen 1 % der Personalbudgets zur Verfügung gestellt werden sollen.

Zugleich weisen wir darauf hin, dass die dezentrale Finanzierung

- strukturell die Bediensteten kleiner Dienststellen benachteiligt
- das Risiko birgt, dass Fahrradvorschüsse in Konkurrenz zu anderen wünschenswert personalwirtschaftlichen Verbesserungen gesetzt werden
- erst die Notwendigkeit entstehen lässt, aufwändige dezentrale Abwicklungsprozesse in den Eigenbetrieben zu etablieren. Diese in Nr. 4 der Änderungsrichtlinie vorgesehene Änderung lehnen wir ausdrücklich ab.

Der Gesamtpersonalrat bittet um die Berücksichtigung dieser Punkte.

Mit freundlichen Grüßen



Lars Härtwig
Vorsitzender